

II- 4023 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIKZl. 10.101/11-I/1/75
Parlamentarische Anfrage Nr. 1927 der
Abg. Melter und Gen. betr. Strassenbau-
schulden des Bundes.1900 / A.B.
zu 1927 / J.
Präs. am 13. MRZ. 1975

Wien, am 10. März 1975

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y aParlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 1927, welche die Abgeordneten Melter und Genossen in der Sitzung des Nationalrates am 23. I. 1975, betr. Strassenbauschulden des Bundes an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Es trifft zu, dass Grundkaufverträge für die Autobahn im Bereich Dornbirn-Nord bis zur Landesgrenze mit Zahlungsfälligkeiten im November und Dezember 1974, nicht zeitgerecht bezahlt worden sind. Es handelte sich um circa 50 Kaufverträge. Die Zahlungsrückstände haben am 31. I. 1975 rund 22, 400. 000. -- S betragen; diese Rückstände wurden inzwischen bereinigt.

Die finanzielle Gebarung der Bundesstrassenverwaltung wird im Rahmen des Gesamthaushaltes des Bundes abgewickelt, wobei die für die einzelnen Monate zulässigen Ausgabenhöchstbeträge gemäß der Verordnung der Bundesregierung BGBl. Nr. 1925/330 vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzt werden. Die Bundesstrassenverwaltung war zum Jahresende von Restriktionen bei den monatlichen Geldmittelzuweisungen betroffen, so dass ein Teil der aufgelaufenen Fälligkeiten nicht rechtzeitig beglichen werden konnte.

Die Festsetzung der monatlich zulässigen Ausgabenhöchstbeträge wird vom Bundesministerium für Finanzen vorgenommen, das für die Abstimmung des Bedarfes nach Maßgabe der Fälligkeiten der Ausgaben des Bundes Sorge zu tragen hat. Im Falle eines finanziellen Engpasses werden dementsprechend die Fälligkeiten nach ihrer Priorität und Dringlichkeit bedeckt und müssen allfällige Ausgabenbeschränkungen von allen Aufgabenbereichen des Bundes getragen werden.

